



LANDKREIS LÜNEBURG  
DER LANDRAT

# Sitzungsprotokoll

## Ausschuss für Mobilität

---

Sitzungstermin:	Dienstag, 15.06.2021
Sitzungsdauer:	16:00 bis 17:53 Uhr
Sitzungsraum:	Ritterakademie, Am Graalwall, 21335 Lüneburg
Sitzungsart:	öffentlich/nichtöffentlich

---

Lüneburg, den 10. Oktober 2023

Dieses Dokument wurde elektronisch erstellt.  
Die erforderlichen Unterschriften befinden sich auf dem Originalprotokoll in der Kreisverwaltung.



## **Anwesenheitsliste**

Barbara Beenen - SPD

Günter Dubber - CDU

Martin Gödecke - Die Unabhängigen

Markus Graff - DIE LINKE

Achim Gründel - SPD

Jürgen Hövermann - CDU

Vertretung für: Frau Ingrid Dziuba-Busch

Wilhelm Kastens - CDU

Andreas Köhlbrandt - SPD

Petra Kruse-Runge - Bündnis 90/Die Grünen

Inge Schmidt - CDU

Jens-Peter Schultz - SPD

Detlev Schulz-Hendel - Bündnis 90/Die Grünen

Harald Subke - AfD

Hans-Christian Friedrichs - Vorsitzender VCD Elbe-Heide

Tobias Neumann - ADFC

Prof. Dr. Peter Pez - Leuphana Universität

Sebastian Heilmann - Landkreis Lüneburg

## **Tagesordnung:**

**(öffentlich)**

1. Einwohnerfragestunde gemäß § 6 Ziffer 1 i.V.m. § 22 Geschäftsordnung
2. Eröffnung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung vom 02.03.2021
5. "Innovationspartnerschaft" für die Elbfähre "Amt Neuhaus"  
Vorlage: 2021/179-1
6. Vortrag "Mobilitätskonzept der nahen Zukunft" der KVG  
Vorlage: 2021/234
7. Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 03.06.2021 zum Thema "Einrichtung von barrierefreien Info-Terminals an Bushaltestellen"  
Vorlage: 2021/242
8. Bericht des Landrats über wichtige Angelegenheiten
9. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 Geschäftsordnung
11. Bei Behandlung eines nichtöffentlichen Tagesordnungspunktes Herstellung der Öffentlichkeit sowie Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse und Schließung der Sitzung

**Protokoll:**

(öffentlich)

**TOP-Nr. 1      Einwohnerfragestunde gemäß § 6 Ziffer 1 i.V.m. § 22  
Geschäftsordnung**

Die Vorsitzende fragt, ob jemand aus den Reihen der Zuhörerinnen und Zuhörer zur Einwohnerfragestunde Fragen an den Landrat richten möchte. Es werden keine Fragen gestellt.

---

**TOP-Nr. 2      Eröffnung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und  
der Beschlussfähigkeit**

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

---

**TOP-Nr. 3      Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird einvernehmlich festgestellt.

---

**TOP-Nr. 4      Genehmigung des Protokolls über die Sitzung vom 02.03.2021**

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig bei 1 Enthaltung

Das Protokoll wird in Form und Inhalt genehmigt.

---

**TOP-Nr. 5      "Innovationspartnerschaft" für die Elbfähre "Amt Neuhaus"  
Vorlage: 2021/179-1**

**Abstimmungsergebnis:** Mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen

**Beschluss:**

1. Der Landkreis Lüneburg strebt einen Neubau einer Elbfähre bei Bleckede/Neu Bleckede mit einem Wasserstoffantrieb an.
2. Ein/e Konstruktionsplaner/in oder ein/e Ingenieur/in wird durch ein Vergabeverfahren in Form einer Innovationspartnerschaft gesucht und beauftragt.
3. Bis zur Inbetriebnahme der neuen Fähre bleibt die „Amt Neuhaus“ weiter in Betrieb.

**EKR Krumböhrer** berichtet, dass geplant sei, den Bau einer wasserstoffbetriebenen Fähre voranzubringen. Dies solle im Rahmen einer sogenannten Innovationspartnerschaft geschehen. Er erklärt, dass eine Innovationspartnerschaft ein spezielles Ausschreibungsverfahren sei. Bis zur Inbetriebnahme der neuen Fähre solle der aktuelle Fährbetrieb so wie gehabt fortgesetzt werden; der Betrieb sei noch bis 2049 zulässig.

**KTA Schulz-Hendel** erklärt, mit der Beschlussvorlage nicht einverstanden zu sein. Die aktuellen Planungen zum Fährbetrieb seien nicht zielführend aufgrund mangelnder Wirtschaftlichkeit. Er verweist auf einen Bericht des Landes Niedersachsen zur Planung der Arena Lüneburger Land, dass der Landkreis bei zukünftigen Projekten Wirtschaftlichkeitsanalysen durchführen solle. Dementsprechend müsse auch dieses Projekt angegangen werden. Die Planungen müssten den Bedürfnissen der betroffenen Bürger:innen im Amt Neuhaus gerecht werden. Er fordert, ein sinnhaftes Elbquerungskonzept zu erarbeiten und eine kostenlose Überquerung der Elbe zu ermöglichen.

**Herr Friedrichs** fragt, wieso es bei den Planungen einen Sinneswandel gegeben habe. Eine Fähre mit Hybridantrieb sei die wirtschaftlichste Lösung. Die Fähre könne bei Kurzstrecken mit Solarenergie betrieben werden und in Ausnahmefällen, etwa bei Hochwasser, mit Diesel oder Pflanzenöl.

**KTA Kruse-Runge** stimmt den Ausführungen des KTA Schulz-Hendel zu. Der Beschlussvorschlag sei der falsche Ansatz, es solle keine ausschließliche Fokussierung auf einen Wasserstoffantrieb erfolgen. Sie erklärt, dass die Aufrechterhaltung des aktuellen Fährbetriebs falsch sei. Es seien bereits Alternativen verfügbar, um den Fährbetrieb umweltfreundlicher zu gestalten. Sie macht klar, dass eine Elbquerung jederzeit sichergestellt sein müsse.

**KTA Gründel** führt aus, dass die neue Fähre zukunftsfähig sein und über eine moderne Antriebstechnik verfügen müsse. Außerdem sei es wichtig, zu bestimmen, was es wert sei, den Bürger:innen aus der Gemeinde Amt Neuhaus eine Anbindung an den westelbischen Teil des Landkreises zu ermöglichen. Bei der Wirtschaftlichkeitsprüfung solle dieser Aspekt in erster Linie berücksichtigt werden. Weiterhin solle die alte Fähre, solange wie sie läuft, auch noch fahren.

**KTA Köhlbrandt** spricht sich für den Beschlussvorschlag aus. Da die aktuelle Fähre laufe, solle diese auch erst einmal weitergenutzt werden. Bei Bedarf könne diese umgebaut werden und dadurch ökologischer gemacht werden. Er erläutert, dass anderenorts schon wasserstoffbetriebene Schiffe im Einsatz seien. Somit sei es bereits gut möglich, das Vorhaben umzusetzen.

**LR Böther** erklärt, dass bei dem Beschluss der Fokus auf einer neuen Fähre und nicht der alten Fähre liegen solle. Es gehe darum, zukunftsfähige Wege zu gehen. Daher müssten die Planungen für eine Wasserstofffähre jetzt weitergeführt werden. Weiterhin könne das Projekt Pilotcharakter haben für andere Regionen. Er erläutert, dass die Entscheidung für Wasserstoff richtig sei. Auch in anderen Bereichen, zum Beispiel im ÖPNV, müsse nach und nach eine Umstellung auf Wasserstoffantrieb in Erwägung gezogen werden.

**KTA Gödecke** zitiert aus § 27 des Gesetzes über das Biosphärenreservat „Niedersächsische Elbtalau“: Hiernach seien nachhaltige Entwicklungen zu fördern. Er erläutert, dass dementsprechend Fördergelder für das Projekt eingefordert werden sollten.

**KTA Kastens** macht klar, dass die Technik zukunftsgerecht ausgewählt werden solle. Hierfür seien gute Vorarbeiten in der Arbeitsgruppe geleistet worden. Außerdem habe sich die Zuarbeit von Fachleuten für die Arbeitsgruppe verbessert. Er erachtet die Beschlussvorlage insgesamt als richtig.

**EKR Krumböhrer** führt aus, dass ein Wirtschaftlichkeitsvergleich der verschiedenen infrage kommenden Alternativen für den Fährbetrieb vorgenommen werden müsse. Er erklärt, dass auch in allen weiteren Bereichen der Mobilität Überlegungen hinsichtlich alternativer Antriebe angestellt werden müssten. Der Landkreis Lüneburg könne ein Zeichen setzen. Bei der Fähre müsse eine Entscheidung zwischen einer kurzfristigen Lösung (Hybridfähre) und einer langfristigen Lösung (Wasserstofffähre) getroffen werden.

**KTA Schulz-Hendel** äußert, dass der Beschlussvorschlag ein falsches Signal sei. Es fehle eine Debatte über alternative Antriebe.

Die **Vorsitzende KTA Beenen** fragt Herrn Pape, wie es jetzt weitergehe.

**Herr Pape** erklärt, dass die Innovationspartnerschaft vorangebracht werden müsse. So müssten Kriterien für die Ausschreibung festgelegt und die Finanzierung geklärt werden. Förderanträge müssten gestellt und die Wichtigkeit des Projekts hervorgehoben werden.

**KTA Schulz-Hendel** schlägt vor, den Beschluss bis zur nächsten Kreistagssitzung zu überarbeiten und schlägt vor, dass dieser um „grünen Wasserstoff“ ergänzt wird. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde sich bei der heutigen Abstimmung enthalten.

---

## **TOP-Nr. 6      Vortrag "Mobilitätskonzept der nahen Zukunft" der KVG Vorlage: 2021/234**

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

### **Beschluss:**

Berichtsvorlage – keine Beschlussfassung erforderlich.  
Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der KVG zur Kenntnis.

**Herr Behrendt, KVG**, stellt den Aufbau des Unternehmens vor und hält einen Vortrag über das „Mobilitätskonzept der nahen Zukunft“. Die Rolle flexibler Bedienformen (RufMobil, Anruf-Sammel-Taxi) werde zunehmen. Das RufMobil werde mit der Software AnSat disponiert, auch eine Umstellung auf die vielseitigere Software IstMObil sei denkbar. Alternative Antriebe müssten perspektivisch an allen Standorten betankbar (Wasserstoffantriebe) bzw. aufladbar (batterieelektrische Antriebe) sein. Es müssten fokussiert Standorte zur Umrüstung ausgewählt werden. Hohe Reichweiten mit bis zu 500 km/Tag würden perspektivisch mit Batteriebetrieb möglich sein. Die Transformationsphase werde 10 bis 15 Jahre dauern. Mit Blick auf Vertragslaufzeiten seien die Investitionskosten für alternative Antriebe hoch. Das Ziel sei ein „lokal emissionsfreier“ Busverkehr. Reine Stadtverkehre mit kurzen Umläufen seien bereits jetzt mit batterieelektrischen Fahrzeugen denkbar. Abschließend stellt Herr Behrendt, KVG, aktuelle Förderprogramme vor.

**KTA Kruse-Runge** fragt nach, ob eine Ladung der Batterien der Elektrobusse auch dezentral an den einzelnen Haltestellen erfolgen könne.

**Herr Behrendt, KVG**, antwortet, die Busse der KVG benötigen hohe Reichweiten. Aufgrund dessen komme diese Art des Ladens nicht infrage.

**Herr Neumann** ergänzt, dass mögliche Wasserstofftankstellen nicht nur von der KVG betrieben und genutzt werden sollten. Er erklärt, dass Wasserstofftankstellen öffentlich sein sollten und gemeinschaftlich mit Partner:innen aus der Region betrieben werden sollten. So könnten Synergieeffekte genutzt werden.

**EKR Krumböhrer** führt aus, dass regionale Strukturen im Bereich Mobilität geschaffen werden müssten. Die Kosten der Infrastruktur müssten durch Einbindung aller Bereiche verteilt werden, durch diesen „Masseffekt“ sei ein wirtschaftlicherer Aufbau und Betrieb möglich.

**Herr Friedrichs** erklärt, dass das Vorgetragene eine interessante Perspektive biete. Eine dezentrale Ladung der Busse solle geprüft werden. Außerdem geht er auf die Mitarbeiter:innen- und Kund:innenzufriedenheit bei der KVG ein. Er erläutert, dass Mitarbeiter:innen über schlechte Arbeitsbedingungen klagten und Kund:innen frustriert seien.

**KTA Gödecke** erklärt, nichts Neues im Vortrag gehört zu haben und macht darauf aufmerksam, dass der Betrieb mit Wasserstoff bereits jetzt möglich sei.

**Herr Behrendt, KVG**, entgegnet, dass geprüft werden müsse, ob Wasserstoffantriebe im ÖPNV wirtschaftlich eingesetzt werden könnten.

**KTA Schultz** weist daraufhin, dass die Umstellung auf Wasserstoff ein langer Prozess sein werde. Zunächst solle auf städtische Linien der Fokus gelegt werden und dann ein Ausbau nach und nach auch außerhalb der Stadt erfolgen.

Die **Vorsitzende KTA Beenen** fragt, ob eine Entscheidung zwischen Elektroantrieb und Wasserstoffantrieb getroffen werden müsse.

**Herr Behrendt, KVG**, antwortet, dass dies noch genau geprüft werden müsse. Möglicherweise komme auch ein Mischbetrieb infrage.

**KTA Hövermann** fragt, wie viele zusätzliche Windräder gebaut werden müssten, um den erhöhten Energiebedarf zu decken.

**Herr Behrendt, KVG**, erklärt, dass diese Frage mit den Energieanbieter:innen geklärt werden müsse.

**EKR Krumböhrer** ergänzt, dass voraussichtlich 20-30 % des Wasserstoffs selbst produziert werden könnten und der Rest importiert werden müsse.

---

**TOP-Nr. 7      Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 03.06.2021 zum Thema "**  
**Einrichtung von barrierefreien Info-Terminals an Bushaltestellen"**  
**Vorlage: 2021/242**

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

**Beschluss:**

Die Verwaltung berichtet über Möglichkeiten zur Einrichtung von barrierefreien Info-Terminals an zentralen Bushaltestellen (z. B. ZOB Lüneburg). Ziel soll es sein, intelligentes Navigieren im Busnetz des Landkreises Lüneburg auch den Menschen zu ermöglichen, die nicht auf Smartphones

zurückgreifen können.

**Herr Heilmann, Fachdienstleitung 45**, erklärt, dass solche Info-Terminals nicht vom HVV betrieben werden würden. Hingegen werde angestrebt, dass die KVG eine neue Auskunftsstelle am Bahnhof im Rahmen der Mobilitätszentrale aufbaut werden. Er erklärt, dass hier sehr auf Barrierefreiheit geachtet werden werde. Die Auskunftserteilung solle sich nicht nur auf das Smartphone reduzieren.

---

## **TOP-Nr. 8      Bericht des Landrats über wichtige Angelegenheiten**

**Herr Heilmann, Fachdienstleitung 45**, gibt Auskunft über den Sachstand des Planfeststellungsverfahrens für den Radweg an der L 221 (Lüneburg-Wendhausen-Neetze) und erklärt, dass geplant sei, das Projekt schnell voranzubringen. Voraussetzung dafür, dass sich die Umsetzung nicht verzögere, sei u. a., dass kein weiterer Erörterungstermin mehr erfolgen müsse. Herr Heilmann, Fachdienstleitung 45, trägt weiterhin zum Sachstand Radverkehrskoordination und zum Sachstand Schülerbeförderung vor.

---

## **TOP-Nr. 9      Beantwortung von Anfragen gem. § 17 Geschäftsordnung**

Es liegen keine Anfragen vor.

---

## **TOP-Nr. 11      Bei Behandlung eines nichtöffentlichen Tagesordnungspunktes Herstellung der Öffentlichkeit sowie Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse und Schließung der Sitzung**

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 17:53 Uhr.

---